

Antwort der FDP Berlin auf die Fragen der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg zu den Abgeordnetenhauswahlen 2021

5

10

Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren

Experten sind sich einig, dass es in den nächsten Jahren weitere globale Pandemien geben wird. Deshalb muss Berlin sich auf weitere pandemische Lagen vorbereiten.

15 Was sind aus Ihrer Sicht die fünf dringlichsten Maßnahmen, um auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein?

a) auf lokaler Ebene (in Berlin)

20 Insbesondere die Gesundheitsämter müssen vorbereitet sein. Dafür muss die Digitalisierung voranschreiten. Die Koordination, Aufnahme von positiv Getesteten und Rückverfolgung derer, sowie Informationsweitergabe an Kontaktpersonen, muss ohne zeitliche Verzögerung ablaufen. Es müssen Apps zur Verfügung stehen, mit denen u.a. diese Kontaktaufnahmen und Rückverfolgungen möglich sind.

25 Die Digitalisierung muss auch in den Schulen voranschreiten. Sämtliche Lehrkräfte müssen mindestens eine Grundbildung haben, um Schüler auch in einem Lock - Down unterrichten, Unterrichtsmaterial übermitteln und Schulaufgaben digital empfangen zu können.

30 Wenn die Möglichkeit für zumindest unregelmäßige Arbeit im Homeoffice besteht, sollten sowohl die staatliche Verwaltung, als auch private Unternehmen dies unterstützen und vorantreiben. Auch dies kann zur Entschleunigung der Verbreitung von Krankheiten dienen.

35 Die Verkehrsbetriebe müssen ihre Kapazitäten auch und gerade in pandemischen Zeiten hochfahren. Je mehr öffentliche Verkehrsmittel auf Straßen und Schienen sind, um so niedriger ist die Konzentration von Menschen innerhalb eines Fahrzeugs.

40 Gleichzeitig darf das private Fahrzeug nicht verteuert werden. Insbesondere in pandemischen Zeiten, ist dies das sicherste Fortbewegungsmittel, um Ansteckungen zu vermeiden. Die Verdrängung von Parkplätzen darf daher nicht weiter voranschreiten.

b) auf nationaler Ebene

45 Auch hier ist die Digitalisierung der Schlüssel, um Informationswege zu verkürzen. Das Gesundheitssystem muss aber nicht nur dahingehend reformiert werden. Die Pfleger- und Krankenschwesternausbildung muss bereits besser entlohnt werden, um die Berufe für junge Menschen attraktiv zu machen. Die Einhaltung von Personalschlüsseln und weiteren arbeitsrechtlichen- sowie Hygienevorschriften in Krankenhäusern müssen
50 staatlich regelmäßig überprüft werden, um Personal und Patienten zu schützen.

55 Bundesnotstandsgesetze dürfen nicht zur Regel werden. Allein die Länder müssen anhand des pandemischen Geschehens entscheiden, welche Maßnahmen erforderlich sind. Es kann nicht sein, dass z.B. Mecklenburg-Vorpommern im Lock – Down steckt, weil in Bayern hohe Inzidenzen vorherrschen.

60 Ideen wie die Entziehung von Patenten, dürfen gar nicht erst entstehen. Patente sind der Lohn für meist jahrelange Forschung, Investitionen und eingegangene Risiken. Der Forscher- und Erfindergeist würde nachhaltig geschädigt, müssten diese Personen um ihr Patent bangen. Folge wäre die Abwanderung von eben diesen klugen Köpfen aus Deutschland ins Ausland, wo ihre Arbeit mit Respekt und Anerkennung entsprechend honoriert wird.

65 Finanzielle Unterstützungen des Staates müssen schnell und gezielt ablaufen. Wenn Novemberhilfen im Frühling des Folgejahres noch nicht ausgezahlt sind, ist es für das Unternehmen womöglich zu spät. Hier ist ein Vertrauensvorschuss notwendig, um die Wirtschaft des Landes nicht sehenden Auges sterben zu lassen.

70 In dem Zusammenhang muss das Steuerrecht reformiert, vereinfacht und digitalisiert werden. Es muss möglich sein, dass Datenbanken auch die Bonität bzw. Bedürftigkeit eines Unternehmens in kürzester Zeit schätzen können.

75 c) auf europäischer und internationaler Ebene

80 Auch hier ist die Digitalisierung der Schlüssel, um Informationswege zu verkürzen. Internationale aber insbesondere innereuropäische Hilfen für stärker betroffene Länder müssen unbürokratisch und schnell vonstattengehen. Gerade eine Pandemie wird letztlich die gesamte Bevölkerung betreffen und macht auch vor Grenzen nicht halt. Die Hilfe bei der Eindämmung in anderen, insbesondere Nachbarländern, kommt mittelbar auch immer Deutschland zugute.

85 **Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt**

Eine funktionierende Polizei und Justiz sind für die Durchsetzung von Regeln und die Bekämpfung von Verbrechen wichtig. Oft wird Verbrechensbekämpfung als eine rein polizeiliche Aufgabe gesehen. Dabei wies Franz von Liszt (1851-1919) schon vor über hundert Jahren auf einen anderen Zusammenhang hin: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.“

90 Ausgehend von einem so umfassenden Blick auf Kriminalität, Prävention und die Verhinderung von Verbrechen möchten wir von Ihnen wissen, was aus ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität sind.

95 Kriminalität hat viele Gesichter und Hintergründe. Dabei spielen oft Bildung oder das soziale Umfeld eine Rolle. Dennoch ist Kriminalität ein allgemeines gesellschaftliches Problem, welches in allen Ländern der Welt, unabhängig von der Härte der Strafen eine Rolle spielt.

100 Hohe Arbeitslosenzahlen, soziale Unsicherheit und Ungerechtigkeit treibt Menschen um und immer wieder auch in die Kriminalität.

In diesem Sinne muss sich Arbeit lohnen. Gerechte, fair ausgehandelte Löhne sind Voraussetzung für ein gutes Auskommen.

Der Weg aus der Arbeitslosigkeit muss vereinfacht werden und Zuverdienste, wie etwa ein

105 Minijob, müssen als Wiedereinstieg in die Selbstversorgung ohne Kürzungen durch das Jobcenter in angemessenen Maßen möglich sein. Weniger Arbeitslosigkeit steht in direkter Korrelation zu weniger Kriminalität.

110 Bildung und Aufklärung sind mit die besten Garanten für eine kriminalitätsarme Gesellschaft. Schulen müssen besser ausgestattet und digitalisiert werden. Schüler sollten Unterricht in einem gesonderten Fach, z.B. „Staat, Recht, Wirtschaft“ eine Einführung in die wichtigsten wirtschaftlichen und lebensnotwendigen Eckpunkte erhalten. „Was sind meine Rechte? Was steht im Grundgesetz?“ oder „Wie sieht ein Mietvertrag, ein Stromvertrag, eine Steuererklärung etc. aus?“, um den Start ins Leben zu vereinfachen und bereits hier den Weg in ein Leben auf dem Boden des Grundgesetzes zu sichern. 115 Bildung muss jedem, unabhängig von Elternhaus und Alter offenstehen. Ein Weiterkommen und neue Chancen müssen jederzeit ermöglicht werden, etwa durch ein BAföG für Erwachsene.

120 Auf deutschem Boden kriminell gewordene Ausländer werden grundsätzlich nach deutschem Recht verurteilt. Dennoch muss auch eine Abschiebung in diesem Zusammenhang regelmäßig geprüft werden. Die Aufenthaltsgründe des Asyls, der Flucht und der Migration, müssen in Deutschland klar getrennt werden. Dies ermöglicht eine bessere Integration der Bleibeberechtigten und 125 einen geregelten Umgang und Unterstützung derer, die das Land wieder verlassen müssen. Auch dies kann einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung darstellen, denn die Menschen können gezielter unterstützt und auf die Zukunft vorbereitet werden, ohne in die Kriminalität abzurutschen.

130 Weiterhin sind wir der Überzeugung, dass eine personell und materiell gut ausgestattete Polizei Straftaten verhindern kann. Polizeipräsenz erzeugt Sicherheit für alle gesetzestreuen Bürger. Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen kann dabei unterstützen, verhindert aber keine Straftaten.

135 Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden, wie der Staatsanwaltschaft, dem Verfassungsschutz oder Polizeien anderer Länder und Staaten, fördert die Aufklärung von Straftaten, muss vorangebracht und digitalisiert werden.

140 Einen großen aber überflüssigen Teil der Polizeiarbeit, nimmt die Verfolgung von Delikten im Zusammenhang mit Cannabismissbrauch ein. Die Legalisierung ist überfällig, würde einen großen Teil der betroffenen Personen entkriminalisieren und die Polizeibehörden entlasten.

145 **NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz: Was tun gegen extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen?**

Extremismus und Terrorismus werden auch in den nächsten Jahren eine Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben sein. Der bislang einzige islamistische Anschlag erfolgte in Berlin. In ganz Deutschland gab und gibt es ausländerfeindliche und antisemitische 150 Anschläge. Rechtsextremisten und Reichsbürger verüben Anschläge und bringen dabei auch Polizisten und Politiker um.

- a) Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz?

155

Die behördliche Zusammenarbeit muss auf Landes, Bundes und internationaler Ebene regelmäßiger, besser und digitaler funktionieren.

160 Die Schaffung von effektiven, effizienten und transparenten Strukturen und Prozessen zur Prävention und Gefahrenabwehr von politisch motivierter Kriminalität sollte die Konsequenz auf allen (behördlichen) Ebenen und im Länderaustausch sein (in Teilen bereits umgesetzt).

165 Eine unzureichende personelle Ausstattung im Jahr 2016 führte vor allem im LKA 5 in der die politisch motivierte Kriminalität angesetzt ist zu erheblichen Informationsdefiziten. Die Polizeistruktur der Polizei Berlin wurde im Februar 2019 reformiert und z.B. mit dem LKA 8 eine Abteilung ausschließlich für den Phänomenbereich „Islamistischer Extremismus und Terrorismus“ gegründet. Die Auslastung der Polizei Berlin und in den einzelnen Abteilungen sollte weiterhin transparent behandelt werden, um mögliche Überlastungen frühzeitig zu erkennen und um die damit verbundenen Maßnahmen rechtzeitig einleiten zu können. So kann präventiv gegen die politisch motivierte Kriminalität vorgegangen werden.

175 Weiterhin muss die föderale Zusammenarbeit zwischen den Ländern auf allen Ebenen gestärkt werden. Oftmals kam es zu Informationsdefiziten und somit zu eventuell verpassten Chancen präventiv gegen die Gewalt vorzugehen.

180 Zudem sollten Behördenübergreifend generelle Prozesse stärker digitalisiert und ggf. eine Überlegung angestrebt werden bundeseinheitliche IT Programme zu benutzen, die dann über zentrale Datenbanken verfügen.

- 185 b) Welche Maßnahmen halten Sie im Kampf gegen Links-, Rechts- und islamistischen Terrorismus für besonders wichtig? Nennen Sie bitte die für jeden Phänomenbereich drei wichtigsten Maßnahmen.

190 Die Digitalisierung und Zusammenarbeit der Behörden, sind die entscheidenden Maßnahmen für alle extremistischen Phänomenbereiche. Prävention, Aufklärung und Gefahrenabwehr sind außerdem die entscheidenden Pfeiler.

Einzelfragen

195 Verfassungsschutz

- a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Verfassungsschutzes?

Nein

- 200 b) Welche Maßnahmen zur Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?

205 Der Verfassungsschutz wird bereits heute von verschiedenen Institutionen und durch unterschiedliche Mechanismen kontrolliert. „Checks and Balances“ sind jedoch auch in diesem Gebiet ausbaufähig. Die Behördenübergreifende Kommunikation muss besser und digitaler ausgestaltet werden.

Videüberwachung/Gesichtserkennung

a) Wo sehen Sie Defizite bei der Videoüberwachung?

210

Es ist nicht möglich und auch nicht wünschenswert, Videoüberwachung bis in den letzten Winkel und vor die private Haustür zu installieren.

Videoüberwachung ist leicht zu identifizieren und die Kriminalität kann schlicht eine Straße weiter geschehen. Sie verhindert keine Straftaten. Das kann allein eine hohe

215

Polizeipräsenz.

b) Setzen Sie sich für ein Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ein? Bitte begründen Sie ihre Antwort.

220

Ja. Die Gesichtserkennung ist der Einstieg in die totale Überwachung. Dies wäre ein schwerer Schlag für die Bürgerrechte in Deutschland. Die Werte des Grundgesetzes müssen gegen derartige Pläne vehement verteidigt werden. Das Sozialkredit-System Chinas ist das abschreckende Beispiel für lückenlose Überwachung. Die Autonomie des Einzelnen soll jedoch so hoch wie möglich gehalten werden. Jeder hat das Recht auf

225

Rückzugsorte, Anonymität und Freiheit.

Strafvollzug

Was sind ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und von Maßnahmen zur Resozialisierung?

230

Neben der Polizei gehört zu einer guten Kriminalitätsbekämpfung auch eine leistungsfähiger Strafvollzug.

JVA-Mitarbeiterstellen müssen geschaffen werden, um Konfliktsituationen in Haftanstalten besser lösbar zu machen. Aufstiegschancen und eine attraktive Besoldung tragen zur Attraktivität bei und müssen geboten werden. Auch mehr Haftplätze sowie Abschiebehaftplätze müssen geschaffen werden.

235

Die zunehmende Digitalisierung stellt die Justizbehörden vor neue Herausforderungen, die allein durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu bewältigen sind.

Die Bewährungshilfen müssen gut ausgebildet und gestärkt werden, um den Weg zurück in die Legalität erfolgreich unterstützen zu können.

240

Obdachlosigkeit

Würden Sie, ausgehend von den Erfahrungen der Coronavirus-Pandemie, etwas am Housing-First-Programm des Senats verändern?

245

Obdachlose dürfen, gerade in pandemischen Zeiten nicht vergessen werden. Diese sind im Zweifel durch Vorerkrankungen und ein geschwächtes Immunsystem besonders betroffen.

250

Der Housing-First-Ansatz hat sich als eine schnelle und effiziente Lösung zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit herausgestellt. Er muss weiterentwickelt, verbessert und ausgebaut werden.

Freiwilliges Engagement

255

Im Dezember 2020 wurde die Berliner Engagementstrategie 2020-2025 mit hundert Handlungsempfehlungen beschlossen.

a) Wie wollen Sie die Berliner Engagementstrategie umsetzen?

Auf Initiative der FDP hin ist die Engagementstrategie um das Handlungsfeld

260 Digitalisierung ergänzt worden. Hier werden wir künftig den Hauptschwerpunkte bei den
künftigen Umsetzung der Strategie legen. Dabei gilt es, sowohl die digitalen Ehrenamtler
selbst – diejenigen die Software uneigennützig entwickeln oder zum Wissensreichtum
über die Plattform Wikipedia beitragen – stärker sichtbar machen. Weiterhin müssen wir
über die Bereitstellung digitaler Infrastrukturen oder (digitaler) Räume stärker diskutieren,
265 damit die Institutionen der Zivilgesellschaft künftig datenschutzkonform und IT-sicher
agieren können. Schließlich müssen wir dafür sorgen, dass mehr offene Daten
bereitstehen, denn dieser Zugang zu Information ist eine wesentliche Säule für
bürgerschaftliches Engagement.

270 b) Welches sind die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten Handlungsempfehlungen?

Der Schwerpunkt Digitalisierung ist für uns allumfassend und greift in alle anderen
Bereiche über.

275 **Demokratie und demokratische Verfahren**

Oft wird von einem Vertrauensverlust in die Demokratie und demokratische Verfahren
gesprochen. Teilen Sie diese Ansicht? Wenn ja: Was wollen Sie dagegen unternehmen?

280 Es ist besorgniserregend, dass immer weniger Menschen Vertrauen in unsere
rechtsstaatlichen Institutionen und Organisationen haben.

Die Coronapolitik hat nicht zuletzt an den Parlamenten, sowohl dem Bundestag als auch
an allen Landtagen vorbei, im Verordnungswege massive Grundrechtseinschränkungen
herbeigeführt. Doch in den Parlamenten sitzen sie gewählten Vertreter des Volkes. Hier
285 hätte es rechtsstaatlicher Wege und öffentlicher Diskussionen bedurft. Ebenso ist derzeit
zu beobachten, dass die Einschränkung der Grundrechte offenbar leichter von der Hand
ging als die selbstverständliche Rücknahme der Einschränkungen in dem Moment, wo
alles andere nicht mehr verhältnismäßig ist. Ein Vertrauensverlust ist an dieser Stelle
nachvollziehbar.

290 Verlässlichkeit und Offenheit spielen die zentralen Rollen, wenn wir Vertrauen bei den
Bürgern zurückgewinnen möchten. „Die da oben“ bzw. „die PolitikerInnen“ müssen nahbar
sein, in den regelmäßigen Bürgerdialog treten und klare Antworten geben können.

295 Bereits Schüler sollen näher an die Politik und Beteiligungsmöglichkeiten herangeführt
werden. Denn die aktive Mitarbeit in und an der Politik sowie die Bildung eines politischen
Willens, sind Rechte, welche es zu nutzen gilt.
Bereits hier muss das Bewusstsein gefördert werden, dass etwa ein Kompromiss nicht die
Aufgabe der eigenen Überzeugung ist, sondern der Lösungsfindung dient, um einen
300 breiten Konsens zu finden.